

Wöchentliches Anzeiger

für Dresden

und Umgegend

Verleger: Die Verlagsanstalt Koenigsberg 100. — Dr., Reichensgr. 200. — B.
Erscheinungsort: In der Geschäftsstelle dieses Blattes, Schulstraße 10.
Die Abnahme beträgt 9 Hfr., Dresden und Langfahnen
sowie an Werktagen in den anderen Städten 10.
Abnahme außerhalb 8 mal, mit ganz Dresden, Mühlberg und Freytag
außerhalb 6 Hfr. für den folgenden Tag.

Monatlicher Druckpreis: Dresden 1200. — 1170.00 Hfr.
bei Vorzahlung 1200. — 1200.00
Einsp. Dresden 120.00 Hfr.
Vertriebspreis mit zentraler Montage 1200. — 1170.00 Hfr.
bei Vorzahlung 1200. — 1200.00
Einsp. Dresden 120.00 Hfr.



Amliches Verlagsunternehmen in der Stadt Dresden.

№ 45

Donnerstag den 10. April 1923

62 Jahrgang

Was gibt es Neues?

- Die französisch-belgischen Wiedervereinigungsverhandlungen in Paris haben ergeben, daß Frankreich auch weiterhin im Londoner Zahlungsplan des Jahres 1921 festhält.
- In Düsseldorf räumten die Franzosen 22% M. W. W. an aus dem Rahmen der Arbeitslosenlöhne.
- Zum oberbayerischen Ministerpräsidenten wurde Prof. Oberregierungsrat von Holz gewählt.
- Von den 208 Wahlkreisen des Reichgebietes sind jetzt 170 von den Feinden besetzt.
- Am 30. April wird in Washington der englisch-amerikanische Vertrag wegen Wiedervereinigung der englischen Inseln unterzeichnet werden.
- Die österreichische Bundesregierung hat demissioniert.
- In der Nähe von Rastatt (Elsass) ist es zu einem Feuerstreich zwischen einer ungarischen und einer tschechischen Patrouille gekommen.

Ein Ausweg.

Die Schwierigkeiten, über den Ausweg zu einer Wiedervereinigung zu kommen, liegen bekanntlich darin, daß Poincaré diesen Punkt mit der Reparationsfrage und der Garantie für die militärische Sicherheit Frankreichs verknüpft hat, also mit Dingen, die mit dem Kernpunkt der Auswegfrage gar nichts zu tun haben. Der Einmarsch erfolgte wegen eines Mißverständnisses an Gelden und Holz (Eisenbahnwagen) und erst nachher ist das Ausweggebiet zu einem „Kampfbereich“ geworden, wobei Poincaré erst keine Befugnis hatte.

Wie die Reparation und die gar nicht bestrittene französische Sicherheit geregelt ist, kann bei dem Einverständnis in Paris noch geraume Zeit vergehen. Jedoch ist hier das „Ausweggebiet“ keine Gewähr für eine Lösung, denn die Währungsfrage besteht zwischen Paris und London ist mindestens eine ebenso große Schwierigkeit, wie unsere Zahlungsunfähigkeit, es ist also in der Tat kein Grund vorhanden, sich über Dinge, die nicht im Zusammenhang zu stehen, den Kopf zu zerbrechen, sondern weit wichtiger, auf den Anfang des ganzen Wirtschaftens einzugehen, und die Faktoren, um die es sich damals handelte, aus der Welt zu schaffen. Das kann ohne viele Umschweife geschehen, und hier ist die Möglichkeit eines Ausweges gegeben. Das noch zu ordnen ist, kann höheren Verhandlungen überlassen bleiben. Frankreich verlangt sich nicht, aber es kann aus seinen augenblicklichen Schwierigkeiten herauskommen.

Denn diese sind vorhanden. Nach allem ist in den Differenzen mit England und mit den übrigen Entente-Ländern, die schon recht heftige Versicherungen zum Ausdruck gebracht haben, nach innen in den bestehenden Anstößen, in der Missetimmung der zu diesen „Lösungen“ einsetzenden französischen Öffentlichkeit und Soldaten und in den Arbeitsstörungen der Gewerbeindustrie Frankreichs, die zahlreiche Hoffen hat ausblenden lassen müssen. Zur Zeit geht die französische Regierung noch über diese Lage fort, aber sie weiß recht gut, daß sie aus eigener Machtvollkommenheit die Verpflichtung nicht ändern kann.

Die Währungsfrage Frankreichs braucht nämlich etwa sechs Millionen Tonnen Kupfer, die nicht durch die gegenwärtige Kupferaktion des Generalis Degoutte zu beschaffen sind. In den drei Monaten der Ausweg-occupation sind nicht so viele Kupfer nach Frankreich transportiert worden, wie vorher im deutschen Eisenwerk Binnem acht Tagen. Die in der letzten Zeit laut gewordene Ankündigung aus Paris, man würde es auf eine Lieferung von 10 000 Tonnen für den Tag bringen, ruft bei den Kupferhändlern nur ein Lächeln hervor, denn das Verlangen des Aktien-Bernehmens nimmt die letzte Hoffnung auf eine wesentliche Steigerung der Lieferungen. Poincarés Hoffnungen werden ebenso im Sande beruhen, wie das Wasser des genannten Kanals.

Es gibt keinen anderen Ausweg, eine schnelle Wenderung der verfahrenen Verhältnisse herbeizuführen, als einen Verzicht auf die sofortige Lösung von Reparation und Sicherheits-Garantie in Verbindung mit der eigentlichen Auswegfrage, der Kupferfrage. Hierüber ein Abkommen herbeizuführen, bedarf es langer Verhandlungen, sondern im wesentlichen nur eines Beschlusses, durch welchen der Rückmarsch der Bataillone des Generalis Degoutte angeordnet wird.

Enttäuschung in Paris und London.

Zur Wertschätzung der Rede v. Noltenbergs. In Paris und London macht sich eine gewisse Enttäuschung über die Rede v. Noltenbergs im Reichstag bemerkbar. Man hatte aufstrebend gehofft, die deutsche Regierung würde schon so mitleidig geworden sein, um das zu tun, was man von ihr wünscht und erwartet: nämlich neue, unerwartete Verprechungen zu machen. Dann hätte das Ziel nächsten Tage und Mann von neuem beginnen können.

Das Wortspiel in Paris. kommt in den Kommentaren recht deutlich zum Ausdruck. Die meisten Blätter sprechen von den „Möglichkeiten und neuartigen Angeboten. Der „Figaro“ schreibt: „Welchen wir die Zähne zusammen und halten wir aus“ sagte Herr von Noltenberg. In diesem Falle hat sich Herr Noltenberg recht ungünstig ausgedrückt. Hat Deutschland die Mühe, auf die Vorschläge des Herrn Bergmann zurückzukommen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich jetzt mit ihnen zu beschäftigen, da sie in Verhandlungen vorzuziehen, die wir nicht annehmen können. Poincaré bemerkt, er erhebt den Blatt die Versicherung Herrn von Noltenbergs, monach Deutschland sich durch die Ergründung der Schäden sehr behindert sieht. „Deutschland selbst die Zähne zusammen, aber es hängt bereits an sie zu fassen.“

„Seit Parisien“ ist von der Rede verblüfft. Weber Frankreich noch Belgien werden keine von beiden Mächten habe es eilig. England müsse sich entscheiden, ob es ein eigenes Verbrechen der Erfüllung und Ausführung der geschlossenen Verträge vorzieht. Dem „Matin“, der an die Vorschläge des Herrn Bergmann anknüpft, will es scheinen, als ob Herr von Noltenberg Rücksicht aufgesetzt habe.

Was man in London hatte hören wollen, vertrat eine aufstrebend offizielle Version des „Daily Telegraph“, in der gesagt wird, daß das deutsche Angebot einen wesentlichen Fortschritt gegenüber früheren deutschen Vorschlägen darstelle, aber nicht ausreichte, um Frankreich zu befriedigen oder es den anderen alliierten Regierungen zu ermöglichen, das Angebot zu unterstützen. Dann heißt es weiter:

Es ist sehr bemerkenswert, daß politische Exakteurien den belandeten Einzug aus dem Regierungsbereich haben. Poincaré hat, ein Bitter von etwa 40 Milliarden Goldmark zu machen, die als Gegenleistung nicht ohne weiteres von der Hand genommen werden wäre. Dieser Einbruch, der von in London bezüglich der Reparationsfrage besteht, war der Inhalt des Rates, den man von London aus in Berlin erlassen hat, anzuweisen, aber mit geringer Wirkung. Poincaré würde es gerne sehen, wenn die deutsche Regierung jetzt weitgehendes Gebot an unterzeichnet würde, um einen festen Grund auf deutschem Boden zu errichten. Poincaré ist es schwer zu verstehen, auf welchem Wege dies geschehen könnte.

Hier wird also ganz deutlich hervorgehoben, daß England in der Reparationsfrage gern den Souffleur spielen würde, wobei man übrigens feststellen kann, daß die Summe von 40 Milliarden in Wahrheit gar nicht in London, sondern in Paris ausgelegt worden ist. Es handelt sich hier offenbar um einen Versuch Poincarés, durch englische Vermittlung der deutschen Regierung ein Angebot in den Mund zu legen, wie er es hören will.

Der Berliner Reichstagskammer der „Times“ sagt von der Rede v. Noltenbergs: Sie stellt eine Uneinigkeit andrerer glatter Negationen dar. Der Außenminister sagte nur aus, was er sagen wollte, die Verhandlungen sind nicht mehr in der Diskussion. Er machte es ganz klar, daß alles, was Deutschland zu einem Vergleich beitragen könnte, der Bergmann-Plan und ein gläubiges Festhalten an dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Sachverständige.

Dur Page.

Die bayerische Regierung und der Staatsgerichtshof. Eine Forderung der bayerischen Verbände, daß die bayerische Staatsregierung den Vollzug von Haftbefehlen des Staatsgerichtshofes gegen bayerische gefinnete Männer in Bayern wie in den Fällen der Redakteure Ernst von Bülowen und Max von Müller und Weger von „Miesbacher Anzeiger“ und in allen folgenden Fällen ablehnen, ferner sofort beim Reichstag den Antrag auf restlose Aufhebung der Neubilligungsgesetze einbringen und für den Fall der Nichtannahme des Antrags die weitere Durchführung der Neubilligungsgesetze in Bayern verweigern sollte, wurde von der bayerischen Regierung dahin beantwortet, daß die bayerische Staatsregierung nach Gesetz und Vertrag den Vollzug der Haftbefehle nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmachungen mit der Reichsregierung über die Neubilligungsgesetze und über die Bayern konzentrierte Einbringung eines eigenen fidejussorischen Garantis von Null vorliegen Eigenes gebunden sei. Was die Aufhebung der Neubilligungsgesetze anlangt, so liegt im Reichstag bereits ein beratiger Antrag vor, mit dessen Zielen die bayerische Staatsregierung gemäß ihrer ganzen bisherigen Haltung zum Neubilligungsgesetz übereinstimmt.

Die Verfassung der Bürgermeister. Der Ausschuss für die Städteordnung im preussischen Landtag beschloß, daß die für Bürgermeister und Magistratsmitglieder erforderliche juristische Vorbildung erst in 10 Jahren von 25 000 Einwohnern an nötig sein soll. Die Ausdauer der Bürgermeister und besoldeten Magistratsmitglieder wurde auf 12 Jahre festgesetzt.

Was hat Poincaré über unter Zurückweisung einer Bemerkung des „Vorwärts“, monach der Einweggedanke auf die eigene Aufgabe Labourets von dem Gericht zurückzuführen sei, von unterdrückter Seite mitgeteilt: Der Einweggedanke gegen Labouret geübt wurde und das in der Tat zahlreiche militärische Notizen enthält. Während er wegen Fügung eines nicht-befristeten Passes in Untersuchungshaft lag, ist die Untersuchung gegen ihn wegen Fügung von den anderen Untersuchungsinstanzen abgeschlossen und das Material darüber dem Oberreichsanwalt aufgestellt worden. Seine Wiedervereinigung nach der Freilassung in dem Reichsgericht ist erfolgt, weil inzwischen der Oberreichsanwalt das Verfahren wegen Einweg gegen ihn erloschen hatte. Der Fallbericht ist also nicht in Elbing zu finden worden.

Das „väterliche Frankreich der Menschheit“. Aus der Dänischer Rede Poincarés weiß der „Temps“ noch folgende Stelle mitzuteilen: Es ist unannehmlich, zu besprechen, daß Frankreich imperialistisch sei. Kein vernünftiger Mensch kann das ernst nehmen. Das Frankreich der Menschheit, das stets mit ethischem Geist dem Unterdrückten zu Hilfe eilt, kann nicht die Kräfte heben, auch nur einen Schritt weiter zu gehen, als die Kräfte der Menschheit zugeben. Poincaré wiederholte dann die Feststellungen, die Frankreich im Ausweggebiet gemacht haben will und fügt dann fort: Wie werden die Dinge nur entsprechend den jenseits erfolglosen Zahlungen eintreten. Eine daß wir uns auch nur einen Augenblick schenken, werden wir uns freiwillig über uns selbst nehmen, was zu nehmen unser Recht ist. Wenn Poincaré dieses Verlangen auch ethisch nennt, so meint er jedenfalls „französisch“.

Ergebnis und Gefahr über die Fortführung der Reparationen.

In der französischen Presse werden Mitteilungen veröffentlicht, die die belgischen Minister Dehaene und Jappart während der Fahrt nach Brüssel einem Mitarbeiter des „Globe“ gemacht haben. Es heißt hier u. a.: „Wir werden unserer Reparationspolitik treu bleiben. Wir sehen unseren Teufel auf das Reich fort. Dieser Teufel muß, wie wir immer der Ansicht waren, sehr energisch sein. Wir werden den Abtransport der Kohlen- und Golddepots, die auf den Bergwerksgebieten lagern, fortsetzen. Diese Depots sind so bedeutend, daß wir 3 Monate zu tun haben. Die französischen Hoffen, die aus Mangel an Kohle ausgesetzt werden müssen, werden wir von neuem in Tätigkeit setzen.“

Warschau. Der höchste militärische Orden Polens „Krozier militär“ 1. Klasse wurde dem Reichsminister Wladimir und Joch verliehen. General Wladimir erhielt die 2. Klasse des gleichen Ordens. So wurde ferner zum Marschall Polens ernannt.

Belgrad. Das Kabinett Balinghi hat demissioniert. Der Minister hat aber nur formellen Charakter. Balinghi ist wieder mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Paris. Ein französischer Blätter melden aus Wien, daß zum militärischen Kommando von General Wladimir ernannt wurde, der mit diktorischen Vollmachten ausgestattet sei.

Die Massenbewegungen der Eisenbahn. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter — es handelt sich hauptsächlich um Bahnwärter, Weichensteller und sonstige Stationspersonal — wurden wieder 664 Mann mit sofortiger Wirkung ausgewiesen. Die Familien müssen in vier Tagen folgen. Neben diesen Ausweisungen der Eisenbahnarbeiter unentweder weiter die Ausweisungen von Privatpersonen und Beamten anderer Verwaltungs-Behörden. Unter diesen befinden sich auch die ersten kommunistischen Führer, die Rheinlandkommission ausweist und zwar der Vorsitzende der kommunistischen Partei, Götterich, in Elber, und der kommunistische Parteiführer Johann Hill. Die Gesamtzahl der Ausgewiesenen hat inzwischen das vierte Tausend überschritten.

Einfluss ausländischer Auslandswaren in die besetzten Gebiete durch die Franzosen. Neuwahlungen in den besetzten Gebieten im Sande große Mengen ausländischer Waren, wie Kaffee, Kakao, Nüsse, Wein und Spirituosen auf, die entweder mit einer Bescheinigung oder ohne jegliche Bescheinigung von den Franzosen über die Westgrenze in die besetzten Gebiete hineingeführt worden sind. Die Kommissare der besetzten Gebiete werden darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Pflicht ist, sich beim Einkauf ausländischer Waren über deren Herkunft zu vergewissern, damit sie sich nicht von den deutschen Vorkäufen dieser Waren abgrenzen und die Besatzung durch ausländische Waren gefährdet zu werden.

Wöchentliches Anzeiger

für Jüdern

und Angehörigen

Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —

Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —

Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —
Verlagsort: Die Jüdische Presse, Leipzigerstr. 100. — Dr. Meißner, Leipzig 10. —

Amliches Verlagsamt für die Stadt Dresden.

№ 45

Donnerstag den 19. April 1923

62 Jahrgang

Was gibt es Neues?

Die französisch-englischen Wiedervereinigungsverhandlungen in Paris haben ergeben, daß Frankreich auch weiterhin an Londoner Zahlungsplan des Jahres 1921 festhält.
In Düsseldorf raubten die Franzosen 22% vom Lohnen Markt aus den Händen der Arbeitlosen.
Zum oberdeutschen Ministerpräsidenten wurde Oberregierungsrat von Hügel gewählt.
Von den 208 Wahlorten des Wahlgebietes sind jetzt 170 von den Feinden besetzt.
Am 30. April wird in Washington der englisch-amerikanische Vertrag wegen Abgabe der englischen Schulden unterzeichnet werden.
Die oberdeutsche Bundesregierung hat demissioniert.
In der Nähe von Kassel (Einhorn) ist es zu einem Feuergefecht zwischen einer ungarischen und einer tschechischen Partouille gekommen.

Ein Ausweg.

Die Schwierigkeiten, über den Ausweg zu einer Verständigung zu kommen, liegen bekanntlich darin, daß Poinecaré diesen Punkt mit der Reparationsfrage und der Garantie für die militärische Sicherheit Frankreichs verknüpft hat, also mit Dingen, die mit dem Transport der Ruhrkohlen gar nicht zu tun haben. Der Einmarsch erfolgte wegen eines Mißverständnisses an Kohlen und Holz (Telegraphenleitungen) und erst nachher ist das Ruhrgebiet zu einem „Wandbühnen“-Gefühl geworden, was Poinecaré erst recht keine Befugnis hatte.

Bis die Reparation und die gar nicht bestrahlte französische Eisenbahn geneigt ist, kann bei dem Eisenbahn in Paris noch gewisse Zeit verstreichen. Jedoch ist die Meinung der französischen Öffentlichkeit, die die Meinung der französischen Öffentlichkeit ist, wie unterhalb des Bildes zu sehen ist, ist also in der Tat kein Grund vorhanden, sich über Dinge, die nicht



als einen Schritt auf die sofortige Lösung von Reparation und Sicherheits-Garantie in Verbindung mit der eigentlichen Ruhrfrage, der Kohlenfrage. Hierbei ein Abkommen herbeizuführen, bedarf es keiner langen Verhandlungen, sondern im wesentlichen nur eines Beschlusses, durch welchen der Rückmarsch der Bataillone des Generals Degoutte angeordnet wird.

Enttäuschung in Paris und London.

Der Rückmarsch der Rede v. Rosenberg.
In Paris und London macht sich eine gewisse Enttäuschung über die Rede v. Rosenberg in weitem Maße bemerkbar. Man hatte aufsehenerregend gehofft, die deutsche Regierung würde schon so mürbe geworden sein, um das zu tun, was man von ihr wünscht und erwartet: nämlich neue, unerfüllbare Versprechungen zu machen. Dann hätte das Spiel zwischen Sage und Mann von neuem beginnen können.

Die Weltöffentlichung in Paris.

kommt in den Pressekommentaren recht deutlich zum Ausdruck. Die meisten Blätter sprechen von den „Überflüssigen und unangehörigen“ Angeboten. Der „Figaro“ schreibt: „Sehen wir die Zähne zusammenbeißen und halten wir aus“, sagte Herr von Rosenberg. In diesem Sinne hat sich Herr v. Rosenberg recht unglücklich ausgedrückt. Das Deutschland die Welt, auf die Vorschläge des Herrn Bergmann zurückzukommen, die dieser während der Pariser Konferenz im Januar nach Paris brachte? Es ist ganz überflüssig, sich jetzt mit ihnen zu beschäftigen, da sie in Bedingungen vorliegen, die wir nicht annehmen können. Besonders bemerkenswert erscheint dem Blatt die Versicherung Herrn von Rosenberg, wonach Deutschland sich durch die Ersetzung der Kohlen sehr behindert sieht. Deutschland behält die Zähne zusammen, aber es klappt bereits an zu klappen.“

„Zeit Parisien“ ist von der Rede verblüfft. Weber Frankreich noch Belgien würden vor der Hauptstadt Deutschlands nachgeben. Seine von beiden Mächten habe es eilig. Deutschland müsse sich entscheiden, ob es sein eigenes Verderben der Erfüllung und Ausführung der geschlossenen Verträge vorzieht. Dem „Matin“, der an die Vorschläge des Herrn Bergmann anknüpft, will es scheinen, als ob Herr von Rosenberg Rücksicht auf die Weltöffentlichung habe.

Was man in London hätte hören wollen, beträgt eine unheimlich affläßige Verneinerung des „Daily Telegraph“, in der gesagt wird, daß das deutsche Angebot einen wesentlichen Fortschritt gegenüber früheren deutschen Vorschlägen darstelle, aber nicht ausreichte, um Frankreich zu beschwichtigen oder es den anderen alliierten Regierungen zu ermöglichen, das Angebot zu unterhalten. Dann heißt es weiter:

Es ist sehr bemerkenswert, daß politische Exzeptionisten den Reichsfiskus über sein Angebot davon überzeugt haben, eine Ziffer von etwa 40 Milliarden Goldmark zu nennen, die als Darlehensangebot nicht ohne weiteres aus der Hand geworfen werden würde. Dieser Eintrag, der noch in demselben Bericht der Reichsanleiherstelle steht, war der Inhalt des Rates, den man von London aus in Berlin erhielt, daß man sich aber mit geringer Wirkung. Poinecaré würde es auch sehen, wenn die deutsche Regierung kein weiteres Gebot annehmen würde, um einen Pariser Friede auf deutschem Boden zu erreichen. Fortschritt ist es schwer zu erkennen, auf welchem Wege dies gelingen könnte.“

Hier wird also ganz deutlich hervorgehoben, daß England in der Reparationsfrage gegen den Entwurf stehen wollte, wobei man übrigens feststellen kann, daß die Summe von 40 Milliarden in Wahrheit gar nicht in London, sondern in Paris ausgedrückt worden ist. Es handelt sich hier offenbar um einen Versuch Poinecarés, durch englische Vermittlung der deutschen Regierung ein Angebot in den Mund zu legen, wie er es hören will.

Der Berliner Reichsminister der „Times“ sagt von der Rede v. Rosenbergs: Sie stellt eine gewisse Änderung alterer Reparationen dar. Der Außenminister sagte nur aus, was er vor ihm sagte, was die Reparationsfrage betrifft, und ist nicht diskussionsfähig. Er machte es ganz klar, daß alles, was Deutschland zu einem Vergleich beitragen könnte, der Bergmann-Plan und ein glänzendes Festhalten an dem Grundsatz des amerikanischen Staatssekretärs sei: Erhaltung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch Sachverständige.

Nur Sage.

Die bayerische Regierung und der Staatsgerichtshof. Eine Forderung der bayerischen Verbände, daß die bayerische Staatsregierung den Vorschlag von Hoffmann des Staatsgerichtshofes gegen vaterländisch gekannte Männer in Bayern wie in den Fällen der Redakteure Eckart vom Bisthümer Beobachter in München und Wegner vom „Miesbacher Anzeiger“ und in allen folgenden Fällen abweisen, ferner sofort beim Reichsamt der Finanzen auf rechtliche Aufhebung der Republikantengesetze einzutreten und für den Fall der Nichtannahme des Antrags die weitere Durchführung der Republikantengesetze in Bayern verweigern solle, wurde von der bayerischen Regierung dahin beantwortet, daß die bayerische Staatsregierung nach Gesetz und Vertrag den Vorschlag des Reichsamt nicht ablehnen könne, da sie im Hinblick auf die Abmahnungen mit der Reichsregierung über die Republikantengesetze und über die von Bayern beantragte Einsetzung eines eigenen sächsischen Senats vom Juli vorigen Jahres gebunden sei. Was die Aufhebung der Republikantengesetze anlangt, so liegt im Reichsamt bereits ein bezüglicher Antrag von dem Reichsamt vor, die bayerische Staatsregierung gemäß ihrer gegenwärtigen Haltung zum Republikantengesetz übereinstimmt.

Die Vorrichtung der Bürgerweiser. Der Ausschuss für die Städteordnung in preussischen Landtag beschloß, daß die für Bürgerweiser und Magistratsmitglieder erforderliche juristische Vorbildung erst in einem von 25 000 Einwohnern an nicht sein soll. Die Annahme der Bürgerweiser und befohlenen Magistratsmitglieder wurde auf 12 Jahre festgesetzt.

„Zur Zeit Poinecaré wird unter Zurücksetzung einer Genehmigung des „Vorwärts“, wonach der Spionageverstoß auf die eigene Anklage Labourets zur Gerichtsverhandlung für sich, von unterrichteter Seite mitgeteilt. Der Spionageverstoß wurde festgestellt, daß sich auf ein Ereignis, das ihm vorzuziehen wurde und das in der Tat zahlreiche militärische Notizen enthält. Während er wegen Fügung eines nicht-befristeten Passes in Untersuchungshaft lag, ist die Untersuchung gegen ihn wegen Spionage von den anderen Untersuchungsinstanzen abgelehnt und das Ministerial-Büro des Oberstaatsanwalts eingeleitet worden. Seine Wiedervereinigung nach der Feststellung in dem Reichsamt ist erfolgt, weil inzwischen der Oberstaatsanwalt des Reichsamt wegen Spionage gegen ihn ermittelte hatte. Der Spionageverstoß ist also nicht in Übung festzustellen worden.“

Das „Kitterliche Bewusstsein der Menschheit.“ Aus der Schrifttender Rede Poinecarés, mehr der „Times“ noch folgende Stelle mitzuteilen: Es ist unheimlich, zu behaupten, daß Frankreich imperialistisch sei. Kein vernünftiger Mensch kann das ernst nehmen. Das Frankreich der Menschheit, das stets mit zivilisiertem Geist dem Unterdrückten zu Hilfe geht oder kann nicht den Willen haben, auch nur einen Schritt gegen sich gegen den Willen der Menschheit anzugehen. Poinecaré wiederholte dann die Feststellungen, die Frankreich im Ruhrgebiet gemacht haben will und fährt dann fort: Wir werden die Ruhr nur entsprechend den jeweils erfolgenden Forderungen räumen. Ohne daß wir uns auch nur einen Augenblick davon zeigen, werden wir uns schließlich über die Welt hinwegsetzen, was zu nehmen wir werden. Wenn Poinecaré dieses Bestreben auch zivilisiert nennt, so meint er ebenfalls „Französischheit.“

Thomson und Götter über die Fortführung der Seilbahn. In der französisch-englischen Presse werden Mitteilungen veröffentlicht, die die belgischen Minister Deunin und Juppier während der Fahrt nach Brüssel einem Mitarbeiter des „Kitterliche“ gemacht haben. Es heißt hier u. a.: Wir werden unserer Reparationspolitik treu bleiben. Wir legen unseren Grund auf das Reich fort. Dieser Grund muß, wie wir immer der Ansicht waren, sehr energiegelassig sein. Wir werden den Transport der Kohlen und Kohledepots, die auf den Bergwerken liegen, fortsetzen. Diese Depots sind so bedeutend, daß wir zu nehmen wir werden. Die französischen Depots, die aus Mangel an Kohle ausgefüllt werden müssen, werden wir von neuem in Tätigkeit setzen.“

Barthou. Der höchste militärische Orden Polens „Krozier“ wurde den französischen Botschaftern und hoch verehrt. General Besson wurde die Hälfte des gleichen Ordens. Gog wurde ferner zum Marschall Polens ernannt.

Barthou. Das kaiserliche Bistum hat demissioniert. Der Bistum hat aber nur formellen Charakter. Bistum ist wieder mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Barthou. Die bayerischen Blätter werden aus Mangel, daß zum militärischen Kommando von Memel Bismarck ernannt wurde, der mit bismarckischen Willkürigkeiten auszuhalten sei.

Die Klassenänderungen der Eisenbahnen. Die Eisenbahnbeamten und -arbeiter — es handelt sich hauptsächlich um Bahnwärter, Weichensteller und Lokführer Stationspersonal — wurden wieder 664 Mann mit sofortiger Wirkung entlassen. Die Familien müssen in vier Tagen folgen. Neben diesen Ausweisungen der Eisenbahner gehen unentgeltlich weiter die Ausweisungen von Privatpersonen und Beamten anderer Vermittlungs-Behörden. Unter diesen befinden sich auch die ersten kommunistischen Führer, die die Weltanschauungskommission ausweist und zwar der Vorsteher der kommunistischen Partei, Gotschewitz, in Kiew, und der kommunistische Parteiführer Johann Hill. Die Gesamtzahl der Ausgewiesenen hat inzwischen das vierte Tausend überschritten.

Einfluss entbehrlicher Auslandswaren in die deutschen Gebiete durch die Franzosen. Neuerdings sind entbehrliche Auslandswaren wie Pfeffer, Kakao, Nüsse, Wein und Spirituosen auf die entbehrlichen Gebiete der Franzosen oder ohne jegliche Einwirkung der Franzosen über die Westgrenze in das deutsche Gebiet hineingeschafft worden sind. Die Kaufleute der belgischen Gebiete werden darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Pflicht ist, sich beim Einkauf entbehrlicher Waren über deren Herkunft zu vergewissern, damit sie sich nicht nach den deutschen Gebieten verschleppen und außerdem der Gefahr aussetzen, durch nachträgliche Beschlagnahme der widerrechtlich eingeschleppten Waren geächtet zu werden.